



Sie bleiben der Regierung noch eine Weile erhalten: In vier Jahren wird der Sitz von Jon Domenic Parolini frei; noch mindestens acht Jahre im Amt sind Peter Peyer und Marcus Caduff (von rechts).

Bild Olivia Aepli-Item

## Analyse

# Nach der Wahl ist vor den Wahlen

Die kantonalen Wahlen sind immer auch eine Weichenstellung für die politische Zukunft. Manche Ambitionen haben am Sonntag Auftrieb erhalten, andere nicht.

von Olivier Berger

Seit dem Sonntag ist klar, wer die kommenden vier Jahre in der Bündner Regierung und im Kantonsparlament sitzt (Ausgaben vom Montag und Dienstag). Darüber hinaus sind kantonale – und nationale – Wahlen auch immer der Zeitpunkt, an dem politische Karrieren befeuert oder gebremst werden. Wer dort reüssiert hat, kann auch von weiteren Ämtern träumen.

Manch exekutive Ambition hat am Sonntag allerdings bereits einen Dämpfer erhalten. Dies, weil die aktuellen Mitglieder der Bündner Regierung noch auf Jahre hinaus in ihren Ämtern bleiben dürfen. Bei den Wahlen in vier Jahren ist es einzig die Mitte, die ein Mandat zu verteidigen hat: jenes von Jon Domenic Parolini, welcher wegen der Amtszeitbeschränkung nicht mehr antreten kann. Die SVP dürfte dann wohl einen weiteren Anlauf in Richtung Kantonsregierung nehmen. Wer antreten wird, ist völlig offen; eine Frauenkandidatur wäre aber sicher kein Nachteil, was beispielsweise einmal mehr für die in Davos glanzvoll wiedergewählte Valérie Favre Accola spricht. Die Mitte hat bei den Wahlen vom Sonntag eine mutige Strategie mit zwei Bisherigen und einer Frau verfolgt. Das hätte böse enden können, der Erfolg gibt der Partei aber recht.

Die Mitte hat allerdings den Nachteil, dass sie bei den kommenden drei Regierungsratswahlen immer mindestens je einen Sitz zu verteidigen hat: Vier Jahre nach Parolinis läuft auch Marcus Caduffs Amtszeit aus. Was den Parteistrategen wohl noch die eine oder andere schlaflose Nacht bereiten dürfte, ist für jene Parteimit-

glieder ein Vorteil, die von einem kantonalen Exekutivamt träumen: Ihnen bietet sich vorläufig alle vier Jahre eine neue Gelegenheit. Dies gilt insbesondere für jene Mitte-Politikerinnen und -Politiker mit einem starken Bezug zu Südbünden: Sie können auch aus regionalen Überlegungen auf eine Kandidatur pochen.

Bei den anderen Parteien, FDP und SP, ist die Tür zum Regierungszimmer vorläufig verschlossen. Sofern keines ihrer gewählten Regierungsmitglieder vorzeitig aus dem Amt scheidet, sind die Sitze in der Exekutive auf acht (SP) und zwölf Jahre (FDP) hinaus besetzt – Abwahlen bisheriger Exekutivmitglieder sind in Graubünden praktisch ein Ding der politischen Unmöglichkeit. Das ist für all jene FDP-lerinnen und SP-ler eine schlechte Nachricht, die gerne schon bald in die Regierung einziehen würden. Vor dem Jahr 2030 (SP) oder 2034 (FDP) dürfte sich dafür kaum eine Gelegenheit bieten.

### Wenig Bewegung in Bern

Die nächsten grossen Bündner Wahlen finden aber nicht erst 2026 statt, sondern bereits im Oktober des kommenden Jahres. Dann wählt die Schweiz National-

und Ständerat neu. Hier wird das bürgerliche Lager wohl versuchen, den vor drei Jahren an die SP verlorenen Sitz zurückzugewinnen. Mit Rücktritten aus dem aktuellen Quintett ist kaum zu rechnen: Drei der fünf Mitglieder gehören dem Rat erst seit 2019 an und werden ihm kaum nach einer Amtsperiode den Rücken kehren. Magdalena Martullo-Blocher sitzt seit acht Jahren im Nationalrat und macht auch keinen sonderlich amtsmüden Eindruck. Und Martin Candinas ist mit mittlerweile elf Jahren in der grossen Kammer zwar das dienstälteste Bündner Mitglied; mit 41 Jahren ist er aber weit vom Ruhestand entfernt.

Zu Vakanzen in der Nationalratsdelegation könnte es damit eigentlich nur kommen, falls eines der fünf heutigen Mitglieder zu höheren Weihen berufen wird: Bundesratsambitionen sagt man seit Jahren Martullo-Blocher und Candinas nach. Eine zweite Möglichkeit ist, dass sich im kommenden Jahr einer der beiden Bündner Ständeräte nicht mehr zur Verfügung stellt. Candinas wird nämlich auch als möglicher Nachfolger von Mitte-Ständerat Stefan Engler gehandelt. Allerdings sind die beiden Standesherrn Engler (61) und Martin Schmid (53) noch nicht in einem Alter, wo sich ein Rücktritt aufdrängt.

### Positionierungen in Chur

Noch vor den nächsten Wahlen zu Gross- und Regierungsrat stehen ausserdem jene in den Churer Stadt- und Gemeinderat an: im Jahr 2024. Dort ist es, wie schon bei den Regierungsratswahlen in diesem Jahr, wieder die FDP, die ein Mandat verteidigen muss. Stadtpräsident Urs Marti scheidet wegen der Amtszeitbeschränkung aus dem Gremium aus. Die beiden

anderen Stadtratsmitglieder dagegen können im Amt bleiben: Patrik Degiacomi (SP) noch für vier, Sandra Maissen (Mitte) sogar für acht Jahre. Maissen, die frisch in den Grossen Rat gewählt worden ist, dürfte wohl auch als Stadtpräsidentin kandidieren. Ob Degiacomi seine letzte Amtszeit als Präsident in Angriff nehmen will, ist offen; mit dem zweitbesten Resultat in Chur bei den Grossratswahlen (4066 Stimmen) hätte er aber in diesem Fall am Sonntag beste Werbung in eigener Sache gemacht.

Bei der städtischen FDP hegen Gerüchten zufolge gleich mehrere Mitglieder Ambitionen auf eine Stadtratskandidatur. Das beste FDP-Resultat am Sonntag hat Vera Stiffler (3698 Stimmen) erzielt. Ob die Fraktionschefin im Grossen Rat bei den Stadtratswahlen antreten wird, ist aber offen. In eine gute Ausgangslage hat der Wahlgang vom Wochenende auch Oliver Hohl (3619 Stimmen) gebracht. Anzunehmen ist aber, dass auch die SVP einen Angriff aufs Churer Rathaus starten wird. Hier zählt Grossrätin Sandra Adank zu den möglichen Kandidatinnen. Mario Cortesi, ein weiterer möglicher Anwärter, war bereits im Jahr 2020 chancenlos geblieben. Jan Koch, in Chur bestgewählter SVP-ler, dürfte wiederum inzwischen andere Prioritäten setzen.

Nicht vergessen sollte man im Zusammenhang mit den Churer Stadtratswahlen eine Politikerin, die vor zwei Jahren bereits einmal im Rennen war, und dort die Wahl nur um 230 Stimmen verpasste: Anita Mazzetta (Grüne) hat am Sonntag mit 4106 Stimmen das beste Grossratsresultat in Chur erzielt. Gut möglich, dass sie antritt, um den vor zwei Jahren verlorenen Sitz von Freie Liste & Grüne zurückzuerobern.